



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

35. Sitzung (öffentlich)

6. Juni 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Vorkommnis am Universitätsklinikum Essen

5

- Bericht der Landesregierung

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT), LMR Henning Banke (JM) und MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) berichten. Das MAGS sagt zu, den Ausschuss über die Abläufe im Zusammenhang mit Organtransplantationen zu informieren.

- 2 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen** 12
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4208
- Vorlagen 14/1118 und 14/1132
- Information 14/463
- Stellungnahmen 14/1125, 14/1126, 14/1128, 14/1130, 14/1131, 14/1135 bis 14/1139, 14/1141 und 14/1142
- Ausschussprotokoll 14/427
- Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 22. Mai 2007, abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum
- Die Schlussabstimmung zu diesem Gesetzentwurf soll in der AGS-Ausschusssitzung am 12. Juni 2007 unter TOP 1 stattfinden.
- 3 Gesetz zur Novellierung des Kurortgesetzes sowie zur Aufhebung der Kurortverordnung und der Erholungsortverordnung und zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Kurortgesetz - KOG NRW)** 19
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4298
- erster Beratungsdurchgang
- Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) berichtet. - Eine Anhörung wird in Erwägung gezogen.
- 4 Gesetz zur Regelung der Berufsankennung EU- und Drittstaatenangehöriger für den Bereich der nichtakademischen Heilberufe und zur Änderung anderer Gesetze und Verordnungen** 20
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4324
- erster Beratungsdurchgang
- MDgt Dr. Dorothea Prütting (MAGS) trägt vor. - Der Ausschuss will eine „abgespeckte“ Anhörung zu Teilaspekten des Gesetzes durchführen.

- 5 Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Transplantationsgesetzes Revision notwendig - Krankenhausgestaltungsgesetz muss Organspenden organisatorisch und finanziell absichern** 22

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4347

NRW darf nicht länger eines der Schlusslichter bei der Organspende sein

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4403

Die Obleute des Ausschusses und Vertreter des MAGS wollen gemeinsam einen Änderungsantrag zum Entwurf des Krankenhausgestaltungsgesetzes erarbeiten.

- 6 Zweites Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen** 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4342

Zuschriften 14/531, 14/542, 14/550, 14/565, 14/571, 14/647, 14/697, 14/808, 14/840, 14/900

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Ausschuss überein, an dieser Stelle auf einen Beratungsdurchgang zu diesem Gesetzentwurf zu verzichten und sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform im Rahmen einer Pflichtsitzung zu beteiligen.

- 7 Hartz IV - Kinder brauchen mehr** 25

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4330

Der Vorsitzende will dem mitberatendem Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, der sein Votum bis zum 13. September 2007 abzugeben hat, signalisieren, dass der federführende AGS-Ausschuss fraktionsübergreifend eine gemeinsame Initiative beraten will.

8 Verbesserungen des Impfschutzes in Nordrhein-Westfalen verbindlich gesetzlich regeln 27

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4350

Der Ausschuss diskutiert kontrovers. - Das MAGS soll die von ihm geplante Impfkampagne in einer der ersten AGS-Ausschusssitzungen nach der Sommerpause vorstellen.

9 Transparenz schafft Vertrauen - Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordert konsequente Vorbereitung und Folgekostenabschätzung 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4249

Der Ausschuss kommt mehrheitlich überein, sich nach der Sommerpause noch einmal mit diesem Punkt zu befassen.

10 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen - JStVollzG NRW) 32

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Der AGS-Ausschuss will sich dem federführenden Rechtsausschuss anschließen, der die Durchführung einer öffentlichen Anhörung auf Basis dieses Gesetzentwurfs und des erwarteten Gesetzentwurfs der Landesregierung plant.

Der Punkt „Verschiedenes“ entfällt.

3 Gesetz zur Novellierung des Kurortgesetzes sowie zur Aufhebung der Kurorteverordnung und der Erholungsortverordnung und zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Kurortgesetz - KOG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4298

- erster Beratungsdurchgang

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass die Rede des Ministers in der ersten Lesung am 23. Mai 2007 im Plenum zu Protokoll gegeben worden sei.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) führt aus:

Dieser Gesetzentwurf zur Novellierung des Kurortgesetzes hat eine etwas längere Geschichte. Er ist in enger Abstimmung mit den zuständigen Verbänden, aber auch mit den drei kommunalen Spitzenverbänden streitfrei gestellt worden.

Dabei sind nicht alle unsere Vorschläge auf Akzeptanz gestoßen. Beispielsweise waren die Bürgermeister der Kurorte dagegen, für Kurorte künftig den moderneren Begriff „Gesundheitsort“ zu wählen.

Entscheidend ist aber, dass dieses Gesetz zur Entschlackung des bisherigen Kurortgesetzes beiträgt. Einige Vorschriften sind ein bisschen verstaubt und müssen heute nicht mehr unbedingt sein. Das betrifft Auflagen zum Kurpark und zum Haus des Gastes, den Nachweis bestimmter Übernachtungszahlen und die Überprüfung der Kurorte, die nun aus Kostengründen in längeren Zeiträumen erfolgen soll.

Zudem sollen die Kurorte mit Blick auf ihr Marketing die Möglichkeit haben, neben den im Kurortgesetz geregelten Begriffen andere Begriffe wie Heilstollenort anzuhängen.

Die Welt in den Kurorten wird also nicht einstürzen; sie sind, was die Interessenwahrnehmung in all diesen Bereichen angeht, sehr gut organisiert. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu dieser Novellierung.

Vorsitzender Günter Garbrecht merkt an, dass sowohl beim Heilbäderverband als auch bei der Gesundheitsagentur Interesse an einer Anhörung bzw. einem Expertengespräch zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung bestehe, und macht den Vorschlag, im Kreis der Obleute baldmöglichst eine Verständigung dazu herbeizuführen. - Es erhebt sich kein Widerspruch.

